

# Militarisierung der Polizei

## Deutschlands Beitrag zu einem europaweiten Trend

von Martin Kirsch

Ob Fußfesseln für Gefährder, mehr Videoüberwachung, Predictive Policing oder neue Spionagesoftware für das BKA – Polizei und Geheimdienste befinden sich international und insbesondere in Europa auf dem Vormarsch.

Neben neuen Ermittlungs- und Überwachungsmethoden findet aktuell eine massive Aufrüstung der Polizeikräfte von den Spezialeinheiten bis zu den Streifenwagen statt, die in den Medien fast ausschließlich als Gewinn an Sicherheit gefeiert wird. Ausgangspunkt für die derzeitigen Aufrüstungsvorhaben, deren Ende nicht abzusehen ist, waren die Terroranschläge auf die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt in Paris im Januar 2015. So forderte Roger Lewenz, Innenminister von Rheinland-Pfalz und damaliger Vorsitzender der Innenministerkonferenz, in einem Interview mit der Welt: „Wir müssen für Waffengleichheit sorgen.“<sup>1</sup>

Das Szenario, für das sich die Polizei rüsten soll, sind islamistisch motivierte Anschläge, ausgeführt von militärisch ausgebildeten Terroristen, die mit Sturmgewehren, Sprengsätzen und geschützt durch militärische Schutzwesten in europäischen Innenstädten agieren. Dementsprechend werden für die Polizei aktuell neue Schutzwesten, Stahlhelme, Sturmgewehre und Radpanzer eingekauft und das polizeiliche Training mit militärischen Szenarien angereichert. Wichtig für die Einschätzung der Entwicklung ist allerdings, dass sämtliche Aufrüstungsbemühungen der Polizei ihren Ursprung nicht in den Anschlägen von 2015 und 2016 haben, sondern auf älteren Entwicklungen und Strukturen aufbauen. Die medial vermittelten Horrorszenarien von schießwütigen Attentätern in Paris und Brüssel und zunehmenden Anschlägen auch in Deutschland haben lediglich eingängige Bilder geliefert, um die Finanzmittel zu mobilisieren, mit denen bereits angestoßene Prozesse massiv beschleunigt wurden. Außerdem ist die Präsentation von neuer Ausrüstung und Waffen dienlich, um vermeintliche Handlungsfähigkeit der Innenminister\_innen und ihrer Polizeien unter Beweis zu stellen. Völlig unabhängig von der Frage, was die Attentäter motiviert und welche gesellschaftlichen Umstände, z.B. Ausgrenzung von Migrant\_innen und Kriegseinsätze deutscher Soldat\_innen von Afghanistan bis Mali, sie möglicherweise radikalisiert haben.

Nach dem Anschlag in Berlin im Dezember 2016 konnten so bereits in den Folgetagen auf Weihnachtsmärkten und in Zeitungen in der ganzen Republik neue Waffen und Schutzausrüstungen bestaunt werden. Bis der tatsächliche Attentäter allerdings identifiziert, gefunden und seine Kontakte zu V-Leuten des Verfassungsschutzes<sup>2</sup> öffentlich bekannt wurden, dauerte es deutlich länger.

### Alltägliche Spezialeinheiten?

Nach der missglückten Befreiung israelischer Sportler\_innen während der Olympischen Spiele 1972 in München begann der Bundesgrenzschutz noch im selben Jahr mit dem Aufbau der Eliteeinheit Grenzschutzgruppe 9 (GSG

9), die sich bezogen auf Taktik und Bewaffnung an militärischen Spezialeinheiten orientierte.<sup>3</sup> Zwei Jahre später beschloss die Innenministerkonferenz ein „Konzept für die Aufstellung und den Einsatz von Spezialeinheiten der Länder und des Bundes für die Bekämpfung von Terroristen“.<sup>4</sup> Dementsprechend wurden in der Zuständigkeit der Länderpolizeien Spezialeinsatzkommandos (SEK) und Mobile Einsatzkommandos (MEK) eingerichtet, die ebenfalls mit militärischen Waffen und Ausrüstung bestückt wurden.

Diese paramilitärischen Spezialeinheiten sollten in absoluten Ausnahmesituationen wie Geiselnahmen und Terroranschlägen reaktionsfähig sein, aber explizit keine Rolle im polizeilichen Alltagsgeschäft spielen. Nachdem diese Einheiten allerdings erst einmal arbeitsfähig waren, stieg auch die Verlockung, sie einzusetzen. Die Gewalteskalation im Rahmen der Bekämpfung linker Stadtguerillagruppen in den 1970er und 80er Jahren trug ihr Übriges dazu bei. Mittlerweile ist der Einsatz von Spezialeinsatzkommandos zumindest statistisch zu einer Alltäglichkeit geworden. So kam das SEK in Berlin 2015 als bundesweiter Spitzenreiter auf mehr als 500 Einsätze<sup>5</sup>, im Schnitt also rund eineinhalb am Tag. Dabei geht es in einer Vielzahl der Einsätze nicht um akute Terrorakte, Geiselnahmen oder bewaffnete Banküberfälle, sondern um die Durchsetzung von Haftbefehlen und Razzien, wenn Zielpersonen als gefährlich oder bewaffnet gelten. Es reicht aber auch eine vermutete politische oder religiöse Motivation von Tatverdächtigen, die aus Sicht der Polizei schnell zum Vorwurf des Terrorismus führt, um ein SEK auf den Plan zu rufen. So nehmen z.B. Razzien wegen des Verdachts auf islamistischen Terrorismus seit der Festnahme der sogenannten Sauerlandgruppe 2007 kontinuierlich zu.

Gründe für eine Vielzahl der Einsätze sind also nicht mehr akute Notsituationen, in denen die SEKs reagieren sollen. Vielmehr sind die Spezialeinheiten zu einem aktiven Teil der polizeilichen Einsatzgestaltung geworden. So werden aktiv Situationen geschaffen, in denen nach militärischem Vorbild Wohnungen, Geschäftsräume und die Menschen darin überfallen werden. Das bringt ein hohes Risiko für alle Beteiligten mit sich, wie zwei prägnante Beispiele zeigen: Bei einem Einsatz des SEK in Köln 2011 wurde über 100 mal auf die Zielperson geschossen, die schwer verletzt überlebte.<sup>6</sup> Während einer Razzia gegen einen Hells Angel in Rheinland-Pfalz 2010 schoss der Hausbesitzer durch die geschlossene Wohnungstür, weil er die Polizeibeamten für Einbrecher oder Mitglieder einer verfeindeten Rockergruppe hielt, und tötete einen SEK-Beamten.<sup>7</sup> Vor Gericht wurde er in der höchsten Instanz wegen Notwehr freigesprochen.<sup>8</sup>

Mit dem bereits angeführten Argument der Waffengleichheit werden seit 2015 in diversen Bundesländern die SEKs aufgestockt und die Ausrüstung und Bewaffnung noch weiter an militärische Spezialeinheiten angepasst, falls dies nicht schon zuvor geschehen war. G36-



Bereitschaftspolizei bei einer Anti-Castor-Demo 2011. Quelle: Montecruz Foto (Libertinus)/CC BY-SA 2.0

Sturmgewehre, wie sie sonst die Bundeswehr einsetzt, sollen die effektive Bekämpfung eines Anschlags wie in Paris sicherstellen. Auch haben einige SEKs die GSG 9 der Bundespolizei angefragt, um von ihr eine Zusatzausbildung im paramilitärischen Häuserkampf zu erhalten.<sup>9</sup>

### **BFE+ – Speerspitze der Bereitschaftspolizei**

Kurz nach den Anschlägen in Paris im Januar 2015 hatte Innenminister de Maizière angekündigt, eine neue Spezialeinheit der Bundespolizei schaffen zu wollen, um eine angebliche „Fähigkeitslücke“ in der Terrorbekämpfung zwischen GSG 9 und Bereitschaftspolizei zu schließen.<sup>10</sup>

Die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) der Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes wurden als Reaktion auf das Brockdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 1985, befeuert durch die Krawalle am 1. Mai 1987 in Berlin Kreuzberg und die tödlichen Schüsse an der Startbahn West im November 1987, aufgebaut.<sup>11</sup> Die BFE sind v.a. für Einsätze bei Demonstrationen, Fußballspielen und sonstigen Großereignissen, bei denen ein erhöhtes Gewaltpotenzial vermutet wird, ausgebildet und ausgerüstet. Sie sollen dort Gewalttäter\_innen festnehmen und gleichzeitig gerichtsfeste Beweise liefern. Zudem gehören Observationen, Schleierfahndung sowie Festnahmen und Razzien im Bereich der organisierten und politisch motivierten Kriminalität zu ihrem Aufgabenspektrum.<sup>12</sup> In einigen Bundesländern kommen Notzugriffe bei Geiselnahmen und Amokläufen in Fällen, in denen GSG 9 oder SEK nicht oder nicht schnell genug zur Verfügung stehen, hinzu. So sind die BFE auch Sprungbrett für eine Karriere bei SEK und MEK.<sup>13</sup>

Aus eben diesen Einheiten der Bundespolizei rekrutiert sich jetzt die sogenannte Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit Plus (BFE+). Sie stellt, wie der Name schon nahe legt, eher eine Aufrüstung bestehender Einheiten als

eine neue Spezialeinheit dar. Bereits im Dezember 2015 wurde in Blumberg bei Berlin nach achtwöchigem Training durch die GSG 9 die erste Einheit BFE+ in Dienst gestellt.<sup>14</sup> Vorgehen und Ausrüstung, die bei einer Show in Anwesenheit von Innenminister de Maizière und Bundespräsident Gauck<sup>15</sup> präsentiert wurden, glichen eher schnell beweglichen Kommandosoldaten als den oft schwerfälligen Spezialeinheiten der Polizei. „Wie ein Infanteriezug im Orts- und Häuserkampf“, beschreibt ein Anwesender die Vorführung.<sup>16</sup>

Das Zusatztraining der BFE+ dreht sich um das Vorgehen gegen militärisch ausgebildete und bewaffnete Gegner. Es umfasst taktisches Schusswaffentraining, den Objektschutz bei Terrorbedrohung, das Binden von Terroristen, also Häuserkampf in städtischen Szenarien, das Bergen von Verletzten aus der Schusslinie und eine spezielle Sanitätsausbildung zur Erstversorgung von anschlagstypischen Verletzungen.<sup>17</sup> Die ohnehin vorgesehenen Notzugriffe sollen also noch robuster - sprich militärischer - durchgeführt werden können. Dass diese Intention auch verstanden wird, zeigt die Lokalzeitung Märkische Allgemeine, indem sie den Auftrag der BFE+ in eigenen Worten beschreibt: „Terroristen rasch und radikal stoppen und bei Bedarf sofort erschießen.“<sup>18</sup> Hauptaufgabe soll allerdings die länger anhaltende Fahndung nach bewaffneten Terrorverdächtigen sein, um GSG 9 und die SEKs der Länder zu ergänzen, die v.a. auf gezielte Zugriffe spezialisiert sind.<sup>19</sup>

Bis Sommer 2017 sollen insgesamt 250 BFE-Beamt\_innen der Bundespolizei an den fünf Standorten Blumberg, Sankt Augustin, Bayreuth, Hünfeld und Uelzen eine Zusatzbefähigung erhalten haben und dann das PLUS im Namen tragen.<sup>20</sup> Im Alltag sind die BFE+-Beamt\_innen allerdings weiterhin in der bekannten RoboCop-Montur bei Demonstrationen und Fußballspielen im Einsatz. Den Rüstwagen mit Sturmgewehren und Zusatzausrüs-

tung haben sie dabei im Regelfall dabei, um von einem Moment auf den anderen zur Anti-Terror-Einheit werden zu können.<sup>21</sup> Die Einführung dieser Einheiten wird allerdings keine Besonderheit der Bundespolizei bleiben, sondern kann als Startschuss für eine Aufrüstung der BF-Einheiten der Länder gewertet werden. So machte Hamburg, das im Juli 2017 den G 20 Gipfel beherbergt, auf Länderebene Mitte November, kurz vor dem OSZE-Gipfel, den Anfang.

Innensenator Grote und Polizeipräsident Meyer stellen bei einem Pressetermin neue Waffen und Ausrüstung vor.<sup>22</sup> Neben neuen Helmen und Schutzwesten gehören jetzt Sturmgewehre der Marke Haenel zum Arsenal der Hamburger BFE. Ebenfalls präsentiert wurde ein Radpanzer mit dem klangvollen Namen „Survivor“ von der österreichischen Firma Achleitner. Das voll gepanzerte Radfahrzeug soll die Besatzung vor Beschuss aus Maschinengewehren und gegen Minen schützen, ist aber auch für offensive Einsätze mit Schießscharten versehen.<sup>23</sup>

Zur Fähigkeit der Hamburger Polizei, mit Hochrisikosituationen umzugehen, ließ Grote stolz verkünden: „Die Bundeswehr brauchen wir dafür nicht mehr.“<sup>24</sup> Er positionierte sich damit einerseits in der Frage von Bundeswehreinheiten im Inland und machte gleichzeitig klar, in welche Richtung die Reise der Polizei weiter gehen soll. So stehen Radpanzer auch in diversen anderen Bundesländern auf den Wunschlisten oder werden bereits erprobt.<sup>25</sup> Mit Panzerwagen und Sturmgewehren nicht genug holt Hamburg auch einen bundesweiten Trend nach, indem es die einfachen Streifenwagen massiv aufrüstet.<sup>26</sup>

### **Streifenwagen als kleinste Anti-Terror-Einheiten**

Seit dem Amoklauf an einem Gymnasium in Erfurt 2002 wird in diversen Bundesländern die Einsatztaktik bei Amoklagen schrittweise umgestellt. Die Besatzungen der Streifenwagen, die als Erstes am Tatort ankommen, sollen nicht mehr wie zuvor v.a. das Gelände großflächig absperren und auf das Eintreffen des SEK warten. Vielmehr ist gefordert, aktive Schütz\_innen schnellstmöglich mit Waffengewalt zu stellen<sup>27</sup> oder zumindest abzulenken. Seit 2006 wurde in NRW ein spezielles Training für Streifenbeamte auf Landesebene eingeführt, das jährlich wiederholt wird. „Ihr Übungsziel ist, den oder die vermeintlichen Amokläufer so schnell wie möglich unschädlich zu machen.“<sup>28</sup> Andere Bundesländer folgten diesem Beispiel. Baden-Württemberg wiederum ist seit dem Amoklauf in Winnenden 2009 Vorreiter dabei, seine Streifenwagen mit Stahlhelmen, schwereren Schutzwesten und Maschinenpistolen zu bestücken und die Besatzungen im Umgang damit zu schulen. Seit 2011 sind alle Streifenwagen mit diesen Zusatzpaketen ausgestattet.<sup>29</sup> Damit kehren Maschinenpistolen, die in Zeiten der RAF-Fahndungen angeschafft bzw. ausgegeben wurden, wieder in die Streifenwagen zurück.

Die Innenministerkonferenz im Juni 2015 in Rheinland-Pfalz scheint auch ohne offiziellen Beschluss der Startschuss für die flächendeckende Aufrüstung in den Bundesländern gewesen zu sein, auch wenn die jeweiligen Schritte sich in einem föderalen System unterscheiden. So werden die mittlerweile teils als Anti-Terror-Trainings bezeichneten Ausbildungen in diversen Bundesländern

massiv ausgeweitet. Streifenbeamte\_innen sollen nicht nur gegen Amokläufer\_innen, sondern auch gegen Terrorist\_innen in einem Szenario nach dem Vorbild der Anschläge in Paris 2015 aktiv vorgehen können. Dafür wurden mittlerweile bundesweit mindestens ein Teil der Streifenwagen mit neuen Schutzwesten ausgerüstet und Waffenkästen mit Maschinenpistolen installiert.<sup>30</sup> In einigen Bundesländern kommen militärische Schutzhelme sowie kugelsichere Decken oder Schilde hinzu. Baden-Württemberg, wieder am schnellsten, lässt ausgewählte Streifenpolizist\_innen sogar unter Einbeziehungen des SEK die Bekämpfung von Terroristen trainieren.<sup>31</sup>

Während in anderen Bundesländern die Ausschreibungsverfahren für neue Maschinenpistolen noch laufen, hat Brandenburg bereits begonnen, die alten MP5 mit dem neueren Modell MP7 zu ersetzen.<sup>32</sup> Die Maschinenpistole MP7 von Heckler & Koch hat eine höhere Reichweite und Durchschlagskraft und wird deswegen von der Bundeswehr in Kampfeinsätzen und von Spezialkräften der Polizei verwendet. Wo die alten Maschinenpistolen im Bestand bleiben, werden sie teils mit Zieloptiken und Doppelmagazinen ausgestattet. In der Aufrüstungsspirale mit Maschinenpistolen nicht zufrieden setzt Schleswig-Holstein noch einen drauf und plant knapp 250 Streifenwagen mit G36c-Sturmgewehren auszustatten.<sup>33</sup> Ein Vorhaben, das selbst im tiefsten Deutschen Herbst undenkbar gewesen wäre, scheint im aktuellen Sicherheitsdiskurs seinen Schrecken für die breite Öffentlichkeit völlig verloren zu haben.

Ob einfache Streifenbeamte\_innen bei rund zwei Tagen Schießtraining im Jahr mit diesen Schnellfeuerwaffen überhaupt umgehen können, ist für die Innenminister offensichtlich nicht von Belang. Seitdem die Maschinenpistolen erst einmal im Kofferraum sind, tauchen sie auch vermehrt in polizeilichen Maßnahmen auf. So zum Beispiel in der Reaktion auf eine Anschlagswarnung in Essen am 11.03.17, wo ein gesamtes Einkaufszentrum für einen Tag von waffenstrotzenden Polizist\_innen abgeriegelt wurde.<sup>34</sup>

### **Europäische Dimension**

Die Aufrüstung von Polizeikräften seit 2015 ist kein rein deutsches Phänomen. So beschwerten sich Länderinnenminister im letzten Jahr gar, dass sie ihre Aufrüstungsvorhaben nicht in der gewünschten Zeit umsetzen könnten, weil der Markt für Polizeiwaffen und -ausrüstung in der EU nahezu leer gekauft wäre. Beispiele dafür sind Maßnahmen in Österreich, wo ebenfalls von den Streifenwagen bis zu den Spezialeinheiten neue Ausrüstung und Waffen beschafft werden,<sup>35</sup> aber auch Frankreich, das vergleichbar mit den BFE+ Polizeieinheiten, deren Auftrag eigentlich nicht die Terrorbekämpfung ist, mit schwereren Waffen ausstattet, um auch in diesem Feld agieren zu können.<sup>36</sup>

Die Aufrüstung der Polizeien in Deutschland hat aber auch unabhängig von den Entwicklungen in den Nachbarländern eine Europäische Dimension. So wurde 2002 der ATLAS-Verband gegründet und 2009 auf EU-Ebene formalisiert. Hinter dem mythischen Namen verbirgt sich ein in der Öffentlichkeit kaum bekannter Zusammenschluss von polizeilichen und militärpolizeilichen Spezialeinheiten in Europa.<sup>37</sup> Dort sollen die Einheiten





Polizeipanzer von Rheinmetall. Quelle: CC BY-SA 4.0/Wikimedia Commons

Taktiken austauschen und gemeinsam trainieren, um die Grundlage für gemeinsame Einsätze in den Partnerländern zu schaffen. Mit der Verabschiedung der sogenannten Solidaritätsklausel, Artikel 222 der Lissabonverträge, die 2009 in Kraft traten, sind solche Einsätze jetzt auch auf EUropäischer Ebene gesetzlich geregelt. So kann ein EU-Land nach Terroranschlägen oder Naturkatastrophen von Katastrophenschützer\_innen bis zu Soldat\_innen Unterstützung aus anderen Staaten anfordern. Wenn auch nicht offiziell auf dieser Grundlage war während des Amoklaufs im Juli 2016 in München auch die österreichische Spezialeinheit EKO Cobra in der Stadt unterwegs.<sup>38</sup>

Angesichts der Entwicklungen im Süden der EU ist der umgekehrte Fall allerdings wahrscheinlicher. So schafft Deutschland aktuell nicht nur Kapazitäten, um schwer bewaffnete Polizeikräfte auf deutschen Straßen einzusetzen, sondern auch, um hochgerüstete Spezialeinheiten in andere EU-Staaten zu entsenden. Ob die Entsendung im Rahmen der Terrorbekämpfung oder in der Auseinandersetzung mit Streikenden oder sozialen Unruhen passiert, lässt Artikel 222 der EU-Verträge dabei bewusst offen.<sup>39</sup> Der notwendige Widerstand gegen die massive Aufrüstung der Polizei sollte sich also nicht auf nationale Grenzen beschränken, kann sich aber auch von Beispielen wie in Frankreich inspirieren lassen, wo selbst in Zeiten des Ausnahmezustandes offensiv die Entwaffnung der Polizei diskutiert und gefordert wird.<sup>40</sup>

### Konsequenzen der Aufrüstung

Was die konkreten Triebfedern der einzelnen Akteure der Militarisierung der Polizei sind, bleibt unklar. Wäh-

rend einige Innenminister so wirken, also ob sie aus einer Mischung aus Panik vor Terroranschlägen und einer perversen Freude an neuem Kriegsspielzeug handeln, scheinen andere in der Öffentlichkeit ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen zu wollen. Aber auch die bewusste Entscheidung, aufzurüsten, um vorbereitet zu sein, falls die Exportmaschine Deutschland und das Erfolgsmodell Europa ins Wanken geraten, ist ein möglicher Antrieb. Zugzwang auch für zurückhaltendere Entscheidungsträger\_innen entsteht, sobald ein Bundesland oder der Bund einen weiteren Schritt der Militarisierung einleiten, um sich nicht dem Vorwurf aussetzen zu müssen, nicht genug getan zu haben. Die gesellschaftlichen Konsequenzen werden allerdings unabhängig von der Motivation einiger Innenminister und politischer Scharfmacher\_innen wirksam werden.

So bricht sich im Zuge der Militarisierung der Polizei ein ohnehin bestehender „ziviler“ Markt für die Rüstungsindustrie Bahn, der bereits jetzt die Aufrüstungsspirale weiter befeuert. Wie bereits aus dem militärischen Waffengeschäft bekannt findet eine ernst gemeinte Debatte oder gar eine transparente Rüstungskontrolle auch im Bereich der Polizei nicht statt.

Die propagierte Logik der Waffengleichheit kennt aber kein Ende. Sollten Terroristen in einem Gedankenspiel an einen Panzer kommen, bräuchte die Polizei folgerichtig auch panzerbrechende Waffen. Die Militarisierung der Polizei lässt sich allerdings als rein materielles Phänomen betrachtet nicht begreifen.

„Die Ausstattung mit spezifischen Waffen drückt die politische Bereitschaft zum Einsatz dieser Waffen aus. Zudem programmiert die Ausstattung mit spezifi-

schen Waffen die Lösung innergesellschaftlicher Konflikte bis in Alltagssituationen hinein vor. In der Bewaffnung äußern sich Auftrag und Selbstverständnis der Polizei.“<sup>41</sup>

Der infolge des 11. September 2001 ausgerufene „Krieg gegen den Terror“, der bereits einen grundlegenden Wandel in Bundeswehr und Geheimdiensten bewirkt hat, schlägt sich jetzt auch im gesamten Polizeiapparat nieder. In einem militärischen Gedankenmuster sollen Attentäter\_innen, oder diejenigen, die dafür gehalten werden, nicht mehr vor Gericht gezerzt, sondern unschädlich gemacht werden.

Eingepackt in kriegstaugliche Schutzausrüstung und ausgestattet mit Schnellfeuerwaffen findet zwangsläufig auch ein Mentalitätswechsel der einzelnen Polizist\_innen statt. Das gerne behauptete Selbstbild als „Freund und Helfer“ wird zunehmend vom Ideal des Kriegers abgelöst, was sich auch im Alltag auswirkt. Einfühlsamkeit, deeskalierendes Verhalten und alternative Lösungssuche in Stresssituationen, schon zuvor keine Stärke der Polizei und nie für alle Bevölkerungsgruppen zu haben, rücken noch weiter in den Hintergrund. Stattdessen nimmt die Distanz zur Bevölkerung zu, die in der Konsequenz zu einem Nullsummendenden - du oder ich/ töten und getötet werden – führt.

Die Auswirkungen betreffen allerdings nicht nur diejenigen, die als Terrorist\_innen gejagt werden.

Vielmehr wird Sicherheit noch konsequenter als bereits zuvor nicht mehr als soziale Sicherheit, Befriedung gesellschaftlicher Spannungen oder gar Streben nach Konsens verstanden, sondern als Ordnung, die von einem starken Staat durchgesetzt werden muss. Das propagierte autoritäre Verständnis von Sicherheit kommt somit nur denjenigen zugute, die ohnehin von der herrschenden Ordnung profitieren und sich deswegen vor den zunehmenden Gewaltmitteln des Staates keine Sorgen machen müssen. Für alle anderen ist es höchste Zeit diese Entwicklungen ernst zu nehmen und sich über Optionen des Widerstand Gedanken zu machen.

## Anmerkungen

- 1 Manuel Bewarder und Martin Lutz: „Die Polizei braucht schwere Waffen“, welt.de, 06.03.15.
- 2 „V-Mann fuhr Amir mindestens einmal nach Berlin“, spiegel-online.de, 14.01.17.
- 3 Stefan Stolle: „Kämpfer, die wir nicht brauchen - Grenzschutzgruppe 9‘ und ‚Kommando Spezialkräfte‘“, cilip.de, 29.08.03.
- 4 „Spezialeinheiten Polizei in NRW (SEK, MEK, VG & TEG)“, polizei-nrw-bewerbung.de, abgerufen: 01.12.16.
- 5 „Spezialeinheiten 1.985 Mal in Berlin 2015 im Einsatz“, sek-einsatz.de, 25.01.16.
- 6 Wegen einer Morddrohung im Rahmen eines Sorgerechtsstreits sollte der Verdächtige festgenommen werden. Er hielt die SEK-Beamten, die auf sein Auto zustürzten allerdings für Autodiebe und versuchte sich zu wehren. Die Pistole in seinem Auto kam dabei nach Aussagen seines Anwaltes nicht zum Einsatz. Axel Spilker: „109 Schüsse aus Notwehr?“, fokus.de, 01.05.15.
- 7 „Hells Angel erschießt SEK-Beamten“, spiegel.de, 17.03.10.
- 8 „Polizist erschossen – BGH spricht Hells Angel frei“, faz.net, 03.11.11.
- 9 Kai Biermann und Johanna Roth: „BFE+ - Die Polizei spielt Krieg“, zeit.de, 16.12.15.
- 10 „Neue Anti-Terror-Einheit nimmt Dienst auf“, rbb-online.de, 16.12.15.
- 11 Ulrike Pflüger-Scherb: „Die Beweissicherungs- und Festnahme-einheit kommt, wenn es brenzlig wird“, hna.de, 20.04.16.
- 12 Denis Fengel: „Diese Männer sind der Albtraum aller Straftäter“, welt.de, 06.12.15, sowie: Ulrike Pflüger-Scherb 2016.
- 13 Ulrike Pflüger-Scherb 2016.
- 14 „Bundesinnenminister stellt neue Einheit BFE+ der Bundespolizei vor“, bmi.bund.de, 16.12.15.
- 15 Rupert Wiederwald: „Der Präsident, die Sicherheit und die Polizei“, dw.com, 28.01.16.
- 16 Kai Biermann und Johanna Roth, 2015.
- 17 Kurt Lachnit und Anja Pester: „BFE+ - Die neue „robuste Einheit“ der Bundespolizei“, S. 9, in: Bundespolizei Kompakt – Zeitschrift der Bundespolizei, 02/2016, 43. Jahrgang, sowie Mario Schulz: „Fortbildung zur BFE+ durch die GSG 9 der Bundespolizei“, S. 12, ebenfalls in: Bundespolizei Kompakt – Zeitschrift der Bundespolizei, 02/2016.
- 18 Dieter Wonka: „Deutschlands härteste Polizeieinheiten“, maz-online.de, 23.07.16.
- 19 Stefan Braun: „BFE Plus - Die Polizei bildet Deutschlands stille Reserve gegen den Terror“, sueddeutsche.de, 16.12.16.
- 20 David Korsten: „BFE+ - Wettrüsten gegen den Terror?“, follo-wup-magazin.de, 14.06.16.
- 21 Kai Biermann und Johanna Roth 2015.
- 22 „Waffen wie beim Militär – Hamburger Polizei bekommt Panzerwagen und Gewehre“, spiegel.de, 15.11.16.
- 23 Achleitner Security Vehicles: „HMV Survivor I“, achleitner.com, abgerufen: 01.12.16.
- 24 Markus Lorenz: „Sturmgewehre und Panzerwagen für die Polizei - Anti-Terror-Kampf in Hamburg...“, shz.de, 14.11.16.
- 25 Während der Survivor von Achleitner in Rheinland-Pfalz von der Polizei probefahren wird, haben Berlin und Sachsen Interesse am Konkurrenzmodell von Rheinmetall angemeldet. Zudem befinden sich Radpanzer, soweit bekannt, auf den Beschaffungslisten von Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg und Bremen.
- 26 „Waffen wie beim Militär – Hamburger Polizei bekommt Panzerwagen und Gewehre“, spiegel.de, 15.11.16.
- 27 Michael Schlieben „Amoklauf – Training im Kalkwerk“, zeit.de, 24.11.06.
- 28 Ebd.
- 29 „Neue Maschinenpistole und optimierte Schutzausrüstung für die Polizei“, baden-württemberg.de, 12.02.16.
- 30 „Beispielhaft: In jedem Streifenwagen eine Maschinenpistole“, swr.de, 26.11.16, sowie: „Anti-Terror-Kampf: Hamburgs Polizei rüstet auf“, ndr.de, 14.11.16.
- 31 Olaf Lorch-Gerstenmaier: „Polizei reagiert auf Terror: Spezialkräfte trainieren Kollegen“, pz-news.de, 04.04.16.
- 32 Alexander Fröhlich: „Neue Waffen für den Anti-Terror-Kampf – Brandenburgs Polizei rüstet Spezialkräfte auf“, Potsdamer Neuste Nachrichten, pnn.de, 04.12.15.
- 33 Wolfram Hammer: „Landespolizei bekommt G36-Sturmgewehre“, ln-online.de, 12.01.17.
- 34 „Anschlag in Essen vereitelt – Festnahmen in Oberhausen“, wdr.de, 11.03.17.
- 35 Andreas Wetz: „Aufrüstung – Mehr Polizei für den Staat“, die-presse.com, 01.01.16.
- 36 „Polizei in Paris rüstet mit G36-Sturmgewehren auf“, welt.de, 29.02.16.
- 37 „Netzwerk der Sondereinheiten“, in: Öffentliche Sicherheit 9-10/10, bmi.gv.at, sowie: „EU police special forces network to become ‘more and more useful’ and to receive increased financial support“, statewatch.org, 29.08.2013.
- 38 „42 Cobra-Beamte in München im Einsatz“, diepresse.com, 23.07.16.
- 39 Mattias Monroy: „Bald EU-Aufstandsbekämpfung bei Generalstreiks und Schweinegrippe?“, Telepolis, heise.de, 04.02.13.
- 40 Week-end d’action: désarmons la police, démilitarisons les conflits!, désarmonslapolice.noblogs.org, abgerufen: 01.12.16.
- 41 Busch, Funke u.a.: „Der Wandel der Polizeibewaffnung in den siebziger Jahren“, S. 182, Campus Verlag, Frankfurt 1988.